

gung führten trotz Annäherungen der pragmatisch-gewerkschaftspolitischen Positionen der Fachvereine zu einer zeitweisen Lähmung der Solinger Arbeiterbewegung.

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges konnte die Spaltung der Solinger Gewerkschaften wieder aufgehoben werden. Ursache war im wesentlichen der endgültige Zusammenbruch des Solinger Systems. Durch neue Rationalisierungsschübe war es möglich geworden, nun auch Schneidwaren in der hergebrachten Qualität maschinell herzustellen. Damit verloren die Fachvereine einen wesentlichen Argumentationspunkt. Gleichzeitig waren aber auch die Teilarbeiter an den Schleifmaschinen Dequalifikationserfahrungen ausgesetzt wie bisher nur die Handwerker-Arbeiter. Weil es das alte System nicht mehr zu verteidigen gab und weil sich die Interessen »alter« und »neuer« Arbeiter annäherten, fanden die Fachvereine den Weg in den DMV.

Die Dualität der Gewerkschaftsbewegung wurde ergänzt durch eine Spaltung des Arbeitgeberlagers. Ein 1903 gegründeter »Arbeitgeberverband im Kreise Solingen«, der die »neuen« Unternehmer vertrat und das traditionelle Solinger System abgeschafft sehen wollte, setzte sich um 1909 gegen die alten Fabrikantenvereine durch.

Die politische Ebene blieb nicht unberührt von dem Gewerkschaftsstreit. In der Solinger SPD brandete in den 1890er Jahren ein heftiger Streit auf, in dessen Folge bei den Reichstagswahlen von 1893 und 1898 zwei Sozialdemokraten kandidierten. 1893 gewann der Kandidat der »alten« SPD den Wahlkreis noch ziemlich sicher, 1898 blockierten sich beide Kandidaten so, daß der Wahlkreis verloren ging. Es standen sich – so Boch – die »alte« SPD, gekennzeichnet durch die »ökonomisch relativ abgesicherte Reputierlichkeit« der Handwerker, und eine »neue« der jungen Fabrikarbeiter und Intellektuellen gegenüber, die baldigst die Revolution erwarteten und deren Handeln von einem antiautoritären Impetus getragen wurde. Nicht nur inhaltliche Parallelen, auch personelle Verbindungen bestanden zu den »Jungen« in Berlin.

Die Bedeutung von Bochs Arbeit liegt darin, daß es ihr gelingt, für einen bestimmten Raum und eine bestimmte Branche den Wechsel der sozialen Träger der Arbeiterbewegung – Gewerkschaften und Sozialdemokratie – vom Handwerker zum Fabrikarbeiter exakt nachzuzeichnen.

Die Arbeit von *Jochen Putsch* ist weder vom Anspruch noch vom Ergebnis her mit der von Boch zu vergleichen. Es handelt sich bei ihr eher um ein Ergebnis der Geschichtswerkstättenbewegung. Mehr als zwei Drittel des Buches sind angefüllt mit Dokumenten – teils in Auszügen und Abschriften, teils in Reproduktionen – und Fotos. Dementsprechend sind die darstellenden Teile, die den Zeitraum bis 1945 (der Nachkriegszeit sind 2 1/2 Seiten gewidmet) abdecken, vergleichsweise knapp. Für die Vermittlung von Lokalgeschichte ist dieser Band ein Gewinn und verdienstvoll, darüber hinauszugreifen war nicht die Intention des Verfassers und der Herausgeber.

*Wolfgang Renzsch, Bonn*

Eduard Führ/Daniel Stemmerich, »Nach gethaner Arbeit verbleibt im Kreis der Eurigen.« Bürgerliche Wohnrezepte für Arbeiter zur individuellen und sozialen Formierung im 19. Jahrhundert, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1985, 350 S., kart., 39,80 DM.

In der für beide Disziplinen gleichermaßen fruchtbaren Verknüpfung von Bau- und Sozialgeschichte im Rahmen dieser Untersuchung des Arbeiterwohnens im 19. Jahrhundert besteht die Leistung des Autorengespans. Die vorliegende Arbeit zeugt von dem gewachsenen Interesse von seiten der Bau- und Kunstgeschichte an Arbeitersiedlungen als Unterschichtsarchitektur – zumal die Autoren selbst ausgewiesene Architekturwissenschaftler sind. Bei der Aufdeckung der Lebens- und Wohnverhältnisse von Arbeitern im 19. Jahrhun-

dert wird der »Werkzeugcharakter von Architektur« betont (S. 11). Wie sich die baulichen Gegebenheiten auf das menschliche Leben auswirkten und welche Motivationen mit der Errichtung von Arbeitersiedlungen verbunden waren, das versucht das Buch aufzuzeigen. Der ansprechend geschriebenen Arbeit ist ein sehr umfangreicher Quellenteil beigegeben, auf den im Text häufig rekurriert wird. Der Quellenteil besteht aus Abbildungen (Fotografien, Zeichnungen) von einzelnen Häusern, von Siedlungen bzw. deren Grundrissen. Auszugsweise zitierte zeitgenössische Stellungnahmen und Publikationen, die sich mit dem Arbeiterwohnen beschäftigen, ergänzen diesen Quellenteil, der die Ausführungen der Verfasser plausibel und jederzeit nachvollziehbar macht. Das Literaturverzeichnis berücksichtigt Bucherscheinungen bis zum Jahr 1982 und bietet ein breites Spektrum gerade auch der zeitgenössischen Veröffentlichungen zur behandelten Thematik. Die Arbeit stellt deutlich heraus, daß die Wohnungsnot keinesfalls als eine Erscheinung erst des 19. Jahrhunderts angesehen werden darf (S. 62), diese vielmehr im Zuge eines ungeheuren Bevölkerungswachstums, der Bauernbefreiung, der Herabsetzung des Heiratsalters usw. eine spürbare Verschärfung erfuhr. Die beginnende Herausbildung industrieller Ballungszentren (wie z. B. des Ruhrgebiets) bzw. deren immenser Arbeitskräftebedarf traten erschwerend hinzu. Im Gegensatz zum spekulativen (renditeorientierten) privaten Wohnungsbau, »der zwar in den Fassaden an erlernte Wohnleitbilder appellierte, aber materiell, in der Organisation der Wohnungen eben nichts zur Erfahrungsentwicklung beitrug« (S. 139), behandeln die Verfasser den nicht-staatlichen industriellen Wohnungsbau. Die von den Autoren erarbeitete Entwicklung auf diesem Wohnungsbausektor soll hier knapp zusammengefaßt werden. Im ausgehenden 18. und noch im anbrechenden 19. Jahrhundert dominierten wie 1779 in Eberswalde Häuser mit bis zu vier Wohnungen, die in der Hausmitte eine Gemeinschaftsküche ohne Fenster aufwiesen. Individualität der einzelnen Familie (zu der die Autoren auch die aufgenommenen Schlafgänger rechnen!) war somit nicht möglich. Neben diesen staatlichen Wohnanlagen existierten auch bereits die ersten größeren von seiten der Industrie errichteten Mehrzweckbauten – wie in Ratingen um 1820 –, in denen sich Wohnen und Wirtschaften, Leben und Arbeiten nahezu ausschließlich in der Gemeinschaft vollzogen. Im Jahr 1844 begann die Errichtung der Siedlung Eisenheim in Oberhausen-Sterkrade durch die Gutehoffnungshütte. Die Häuser waren für »Beamte« und Meister bestimmt. Der Erwerb der Häuser durch ihre Bewohner war vorgesehen. Damit wird die Motivation der Arbeitgeber evident, die insbesondere die unverzichtbaren Fachkräfte an das Unternehmen binden wollten. Überdies waren Wohn- und Hauseinheit nunmehr identisch bzw. einer einzelnen Familie zugeordnet. Die Kontaktaufnahme zu den Nachbarn stand damit im Ermessen der einzelnen Familie, war durch die baulichen Gegebenheiten nicht mehr zwangsläufig! Dort, wo Wohn- und Hauseinheit noch nicht identisch waren – Eisenheim stellte diesbezüglich einen Idealzustand dar –, erfolgte nach und nach die Auflösung der Gemeinschaftsküchen. Die konsequente Weiterentwicklung der getrennten Küchen war in den 70er Jahren die Wohnküche, die alle Mitglieder der Familie bei Arbeit, Essen und Freizeit räumlich vereinte und Nicht-Familienmitglieder ausschloß. Mit der Einrichtung eines jeder Wohneinheit vorgelagerten Flures – gleichsam als Schleuse – war das Ziel, die Privatisierung und Abschließung der Familie, nahezu erreicht. Dazu die Autoren: »Die Wohnung sorgte für eine positive Erfahrung der Vermeidung von Störungen durch Nachbarn und Fremde und verankerte die Ausgegrenztheit des Familienlebens als Wert im Selbstgefühl der Arbeiterfamilien« (S. 131). In Zeiten des Arbeitskampfes konnte sich dies allerdings als sehr nachteilig für die Arbeiterfamilie erweisen, war doch mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses fast immer auch das Mietverhältnis beendet. Auf ein Versäumnis dieser lesenswerten Untersuchung bleibt hinzuweisen, nämlich auf das Fehlen einer zahlenmäßigen oder besser prozentualen Bestimmung der in Arbeitersiedlungen lebenden Arbeiter. Zumindest für einzelne Industriereviere oder aber Städte wäre dies möglich gewesen.

*Peter Blum, Wiesbaden*